



# home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe März/April 2019

## Deutschland benötigt pro Jahr 260.000 Einwanderer

**D**eutschland braucht bis 2060 jährlich mindestens 260.000 Zuwanderer, um den demografisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots auf ein für die Wirtschaft verträgliches Maß zu begrenzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Danach werden insbesondere Fachkräfte aus Drittstaaten dringend benötigt, weil die absehbare jährliche Zuwanderung aus der EU nach den Berechnungen der Studienautoren nicht reichen wird, um den durch den Rückgang der einheimischen Bevölkerung entstehenden Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt auszugleichen. Daran ändere auch der anstehende Brexit nichts, selbst wenn dadurch die Zuwanderung in Deutschland vorübergehend ansteigen dürfte, heißt es in der Untersuchung.

Um den Zuzug nach Deutschland besser zu steuern, sollte daher das Einwanderungsgesetz schnell verabschiedet werden, meint der Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Jörg Dräger. Für ihn ist Migration insofern „ein zentraler Schlüssel zu einer gelingenden Zukunft“.



Foto: iStock, awf8

## Umfrage zur Europawahl: Mehrheit der Deutschen pro EU

**K**urz vor der Europawahl im Mai sind die meisten Bundesbürger pro-europäisch eingestellt. Das ergab jetzt eine Meinungsumfrage (Eurobarometer) im Auftrag der EU-Kommission. Danach schätzen 47 Prozent der Deutschen die EU positiv ein. Eine negative Bewertung gaben 15 Prozent der Bundesbürger ab. Als wichtigste Errungenschaft der EU nannten 53 Prozent der befragten Deutschen Frieden in Europa. Damit lagen sie klar über dem Durchschnitt aller EU-Bürger von 42 Prozent.

Als weitere Erfolge der EU hoben die Befragten die Reisefreiheit und den freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen in der Gemeinschaft hervor.

## Illegale Grenzübertritte in EU um ein Drittel gesunken

**I**m vergangenen Jahr hat sich die Zahl illegaler Einreisen in die EU nach Angaben der Grenzschutzagentur Frontex um rund ein Drittel verringert. Damit sei die illegale Migration das dritte Jahr in Folge zurückgegangen, teilte Frontex in ihrem Jahresbericht 2018 mit. Dennoch stünden die europäischen Außengrenzen weiterhin unter Druck, warnte der Chef der Agentur, Fabrice Leggeri. Deshalb forderte er, den Grenzschutz weiter zu stärken, um gegebenenfalls für neuerliche Krisen gewappnet zu sein. Leggeri erwartet insbesondere zunehmenden Druck auf die sogenannte westliche Mittelmeerroute.

Nach den Angaben von Frontex kam es im vergangenen Jahr zu 150.114 unerwünschten Grenzübertritten in die EU. Das waren demnach 27 Prozent weniger als 2017.

# Studie: Zivilgesellschaftliche Freiheit wird immer mehr beschnitten

*Rund 7,67 Milliarden Menschen leben auf der Welt (Stichtag 1.1.2019) und nur vier Prozent von ihnen in Freiheit. Zu diesem Ergebnis kommt der neue „Atlas der Zivilgesellschaft“, eine Studie des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“ und des weltweiten Netzwerks für bürgerschaftliches Engagement Civicus. Darin heißt es, dass lediglich rund 282 Millionen Menschen der gesamten Weltbevölkerung uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten genießen. Diese kleine Minderheit lebt in 45 Staaten, in denen die Grundrechte voll respektiert und geschützt werden. Zu diesen Ländern zählt auch Deutschland.*

**D**agegen sehen die Verfasser der Studie in 109 der insgesamt 196 Staaten der Erde die Freiheit „beschränkt“, „unterdrückt“ oder „geschlossen“. Und rund zwei Milliarden Menschen leben demnach in 23 Staaten, wo der Raum für eine Zivilgesellschaft vollständig „geschlossen“ ist, wie es in der Untersuchung formuliert wird. Das bedeutet, Kritik, Proteste, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit werden dort gewaltsam unterbunden. Zu diesen Ländern zählt der Report unter anderem auch China. Laut diesem Bericht ist knapp ein Drittel der Menschen auf der Welt in Ländern beheimatet, in denen Civic Space, also der Handlungsraum der Zivilgesellschaft, durch staatliche Gewalt massiv eingeschränkt wird.

Im Vergleich damit sieht es in der EU noch recht gut aus, wie die Autoren des „Atlas der Zivilgesellschaft“ meinen. Allerdings ist nach ihrer Einschätzung auch in Europa längst nicht alles zum Besten bestellt, im Gegenteil. So lobt der Leiter des Bereichs Politik und Forschung bei Civicus in New York, Mandeep Tiwana, die EU zwar dafür, dass sie sich weltweit für Menschenrechte und demokratische Werte eingesetzt habe. Doch die aktuellen Entwicklungen machten es der EU schwer, weiter für die offene Gesellschaft einzutreten, meint Tiwana. Denn auch in knapp der Hälfte der EU-Staaten (46 Prozent) werde aktuell die Zivilgesellschaft behindert, kritisiert Civicus. Demnach ist in 12 der 28 EU-Mitgliedsstaaten der Civic Space „beeinträchtigt“ und in einem sogar „beschränkt“: in Ungarn.

Dort sei die Situation im europäischen Vergleich am schlimmsten, stellt die Studie fest: Ungarn markiere un-

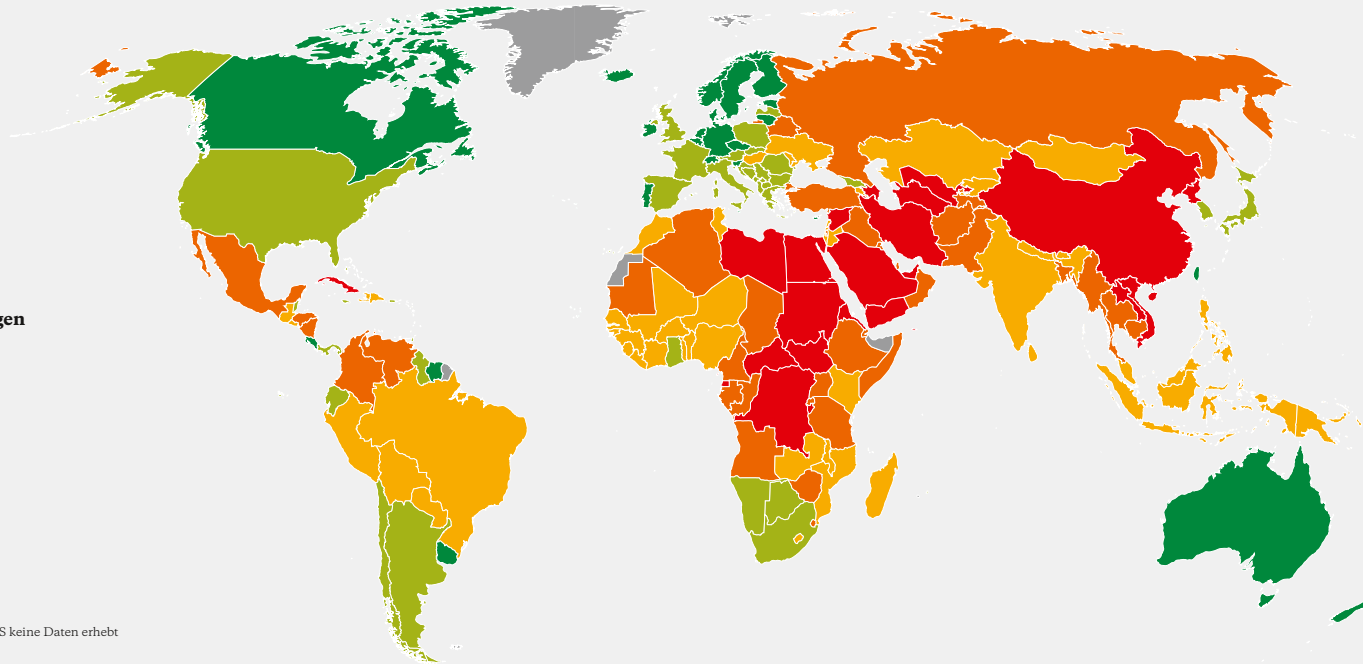
ter Premier Viktor Orbán erneut einen Tiefpunkt in der Civicus-Betrachtung für die EU. Dabei bemängelt die Organisation in Ungarn insbesondere das sogenannte Stop-Soros-Gesetz, da es unter anderem Hilfe für Flüchtlinge kriminalisiere. Aber auch Italien und Österreich kommen in der aktuellen Bewertung relativ schlecht weg: Dort habe sich der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum nach den Wahlsiegen der rechten Parteien Lega und FPÖ im Vergleich zum Vorjahr verringert, konstatiert der „Atlas für Zivilgesellschaft“. Dementsprechend wurden Italien und Österreich in Bezug auf den Freiheitsgrad der Zivilgesellschaft in beiden Ländern von „offen“ auf „beeinträchtigt“ herabgestuft.

Doch auch in Frankreich, in Großbritannien und – mit Ausnahme von Portugal – nahezu im gesamten südeuropäischen Raum sehen die Verfasser der Studie die Zivilgesellschaften als „beeinträchtigt“ an. Dort seien Personen und Organisationen zwar überwiegend frei, würden aber dennoch gelegentlich juristisch schikaniert. Der aktuelle „Atlas der Zivilgesellschaft“ kritisiert ferner, dass in den genannten EU-Mitgliedstaaten zum Teil mit unangemessener Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen werde. Außerdem seien die Medien dort zwar grundsätzlich frei, würden in ihrer Berichterstattung jedoch durch gezielte Auflagen bevormundet. Zu den „beein-

### CIVICUS-Einstufungen



Siehe auch [www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft](http://www.brot-fuer-die-welt.de/atlas-zivilgesellschaft)



trächtigsten“ Zivilgesellschaften zählt der Bericht übrigens auch „the land of the free“, die USA.

**L**eider werde der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement sogar in Deutschland kleiner, bedauert *Brot für die Welt*. Das bekommen demnach vor allem Flüchtlingshelfer zu spüren, „die im Zuge des aufkeimenden Nationalismus angefeindet“ würden.

Generell versuchten immer mehr Länder, durch entsprechende Gesetze und Erlasse zivilgesellschaftliches Engagement zu behindern bis unmöglich zu machen, stellen Brot für die Welt und Civicus fest. Dadurch werde die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO) erschwert oder immer häufiger sogar verboten. Zum Zwecke der Bevormundung bedienen sich demnach einige Länder umständlicher und aufwendiger Verwaltungsvorgänge, um unliebsamen Organisationen Zügel anzulegen und sie an unabhängigem Arbeiten zu hindern. Solche Reglementierungen beklagt die Untersuchung zunehmend auch in Osteuropa. Generell gebe es weltweit inzwischen eine Tendenz, zivilgesellschaftliche Rechte und Freiheiten zu beschneiden, warnen die Verfasser der Studie. Diese Entwicklung machen sie auch an einer weltweiten „Wiederkehr des Nationalen“ fest. Der Atlas der Zivilgesellschaft 2019 greift auf die Ergebnisse des CIVICUS-Monitors zurück, der weltweit umfassendsten Dokumentation zum Zustand der globalen Zivilgesellschaft. Die Nichtregierungsorganisation CIVICUS beobachtet dafür 194 Mitgliedstaaten der UN sowie Palästina und Taiwan.

### Laut dem aktuellen „Atlas der Zivilgesellschaft“ sind Grundrechte

#### „offen“

unter anderem in: *Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Island, Irland, Kanada, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Taiwan*

#### „beeinträchtigt“

unter anderem in: *Albanien, Argentinien, Chile, Ecuador, Frankreich, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich, Polen, Spanien, Südafrika, Südkorea, USA*

#### „beschränkt“

unter anderem in: *Bolivien, Brasilien, Indien, Indonesien, Israel, Moldawien, Philippinen, Tunesien, Ukraine, Ungarn*

#### „unterdrückt“

unter anderem in: *Afghanistan, Algerien, Angola, Äthiopien, Belarus, Honduras, Irak, Kuwait, Mexiko, Oman, Pakistan, Palästina, Russland, Thailand, Türkei,*

#### „geschlossen“

unter anderem in: *Ägypten, Aserbaidzhan, Bahrain, Burundi, China, Kongo, Eritrea, Iran, Jemen, Nordkorea, Kuba, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam*

## Studie: Entwicklungshilfe kann Migration kaum reduzieren



Foto: iStock, andyudyk

**R**und 68,8 Millionen Menschen sind nach Informationen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) Mitte vergangenen Jahres weltweit auf der Flucht gewesen. Das waren erneut mehr als ein halbes Jahr zuvor, diesmal 300.000. Um Fluchtursachen zu bekämpfen, setzt nicht nur die Bundesregierung darauf, „die Hilfe vor

Ort zu verstärken und den Menschen in ihrer Heimat bessere Lebensperspektiven zu geben“. Auch die internationale Gemeinschaft wendet Milliardenbeträge auf, um Menschen in Krisenregionen Zukunftsperspektiven zu verschaffen. In einer Bestandsaufnahme zum Thema „Wege aus der Flucht“ der Bertelsmann Stiftung nannten die Autoren des Buches im vergangenen Jahr Krieg, Verfolgung, wirtschaftliche Not und fehlende Entwicklungschancen als die drängendsten Fluchtursachen. Diese könnten nur in den Herkunftsländern angegangen werden, lautete auch hier der Tenor.

Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) warnen jedoch vor der Annahme, dass Entwicklungshilfe die Migration vermindern könne. Sie meinen stattdessen, dass Entwicklungshilfe, wenn sie hauptsächlich zu einer Steigerung des örtlichen Einkommens führt, eine Zunahme von Migrationsbewegungen zur Folge hat, da mehr Menschen die Migrationskosten finanzieren können. Erst bei einem relativ hohen Entwicklungsniveau böten steigende Einkommen wieder einen Anreiz, im Herkunftsland zu bleiben, da die möglichen Einkommensgewinne im Ausland dann geringer werden, erklären die Forscher Mauro Lanati und Rainer Thiele. Sie untersuchten im Rahmen des Projekts „Mercator Dialogue on Asylum and Migration“ (MEDAM) die Auswirkungen der Entwicklungshilfe auf die Migration.

Demnach müsste eine Steigerung der Mittel für Entwicklungshilfe, die zu einer bemerkbaren Senkung der Auswanderungsraten führen würde, unrealistisch hoch sein. Selbst die Verdoppelung einer solchen gezielt eingesetzten Entwicklungshilfe würde die Auswanderungsraten nur um relativ bescheidene 10–15 Prozent senken, stellen Lanati und Thiele fest.

## Asylbewerber warten im Schnitt sechs Monate auf Bescheid

**N**ach Auskunft der Bundesregierung hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zuletzt rund ein halbes Jahr benötigt, bis ein Asylverfahren entschieden war. Im dritten Quartal 2018 dauerte das im Mittel 6,1 Monate, wie das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke antwortete. Im ersten Quartal 2018 betrug die Verfahrensdauer demnach noch 9,2 im zweiten Quartal 7,3 Monate. Besonders lange mussten Asylbewerber aus Pakistan (9,1 Monate), Russland (8,8 Monate) und Somalia (8,4 Monate) auf ihren Asylbescheid warten.

Foto: iStock, princigalli



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE  
Alfredstraße 234  
45133 Essen  
DEUTSCHLAND  
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der  
European Homecare GmbH  
Alfredstraße 234  
45133 Essen



Stiftung  
Soziale Dienste